



Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik

39. Sitzung (öffentlich)

19. Oktober 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.15 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Horst Posdorf (CDU)

Stenographin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)** 1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3300

in Verbindung damit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999

hier: § 20 Abs. 1 Nr. 4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3302

für die Europa- und Eine-Welt-Politik relevante Haushaltspositionen im

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr

Der Ausschuß berät die für die Europa- und Eine-Welt-Politik relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - sowie im Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr -.

2 Verschiedenes

5

StS Frohn (StK) nimmt auf Nachfrage zur Evaluation des Promotorenmodells und zu Projekten ziviler Konfliktbearbeitung im Ausland Stellung.

Nächste Sitzung: 23. November 1998

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3300

in Verbindung damit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999

hier: § 20 Abs. 1 Nr. 4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3302

für die Europa- und Eine-Welt-Politik relevante Haushaltspositionen im

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr

Vorsitzender Prof. Dr. Horst Posdorf macht darauf aufmerksam, daß die abschließende Beratung des Haushalts in der nächsten Sitzung am 23.11.1998 erfolgen müsse, da die Beratungsergebnisse dem Haushalts- und Finanzausschuß am 27.11.1998 vorliegen müßten. Er bittet Änderungsanträge, wie üblich, eine angemessene Zeit vor den Abschlußberatungen zur Verfügung zu stellen. Falls die Beratungen am 23.11.1998 nicht abgeschlossen werden könnten, müsse eine zusätzliche Sitzung eingeschoben werden.

In der letzten Sitzung habe StS Frohn (StK) in die für die Europa- und Eine-Welt-Politik relevanten Haushaltspositionen des Einzelplans 02 eingeführt.

Einzelplan 02

Kapitel 02 011 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
Bereich Bundes- und Europaangelegenheiten

Ilka Keller (CDU) wünscht zu Titel 531 10 "Veröffentlichungen zur Information der Bürgerinnen und Bürger" und zu Titel 534 00 "Europainitiative NRW" nähere Informationen, da die Ansätze gegenüber 1998 stark erhöht worden seien.

StS Frohn antwortet, daß er die beiden Titel bereits in der letzten Sitzung angesprochen habe, da sie in Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft stünden. Dazu gehöre beispielsweise die Durchführung der EU-Forschungskonferenz in Essen. Allein der von der Bundesregierung erwartete technische Zuschuß für die Durchführung dieser Konferenz betrage 500 000 DM.

Die Frage von **Werner Jostmeier (CDU)**, ob die Erhöhungen auch damit zusammenhängen, daß die Auslandshilfe erheblich gekürzt worden sei, verneint **StS Frohn**. Man habe sich innerhalb des Rahmens der üblichen Steigerungsraten des Landeshaushalts bewegen wollen. Lediglich die beiden erwähnten Sonderpositionen wichen davon ab, da sie mit der Tatsache zusammenhängen, daß die Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 1999 die EU-Ratspräsidentschaft und den Vorsitz der Staatengruppe G 7/G 8 übernehme.

Ilka Keller (CDU) bezieht sich darauf, daß das bisher eigenständige Europaministerium der Staatskanzlei angegliedert worden sei. Der frühere Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Prof. Dr. Manfred Dammeyer habe bei der Öffentlichkeitsarbeit einen Schwerpunkt gelegt. Sie interessiert sich für die Höhe der Mittel, die 1998 bisher für die Positionen der Öffentlichkeitsarbeit, beispielsweise Titel 534 00 "Europainitiative NRW" oder Titel 541 10 "Für Aufwendungen zur Durchführung von Veranstaltungen ...", abgeflossen seien. - **StS Frohn** sagt eine schriftliche Beantwortung dieser Frage zu.

RA Borkenhagen (Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund) ergänzt, daß bis einschließlich Mai Mittel für Veranstaltungen abgeflossen seien. - **Ilka Keller (CDU)** meint, daß wegen der Verlagerung der Bundes- und Europaangelegenheiten in die Staatskanzlei ein erheblicher Teil der Mittel noch verfügbar sein müsse. - **RA Borkenhagen** widerspricht; es handele sich nicht um erhebliche Mittel.

StS Frohn merkt an, daß die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung in Vorwahlzeiten ganz besonderen Restriktionen unterliege. Auch ohne diese organisatorische Änderung innerhalb der Landesregierung hätte also mit Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit vor der Bundestagswahl sehr zurückhaltend umgegangen werden müssen. - Die Frage von **Ilka Keller (CDU)**, ob sich diese Zurückhaltung bei der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung auch auf Europa beziehe, bejaht **StS Frohn**. Darauf hätten die Parlamentsfraktionen immer besonderen Wert gelegt.

Werner Jostmeier (CDU) stellt fest, daß die CDU bereits in den letzten beiden Haushaltsplanberatungen die Tendenz der Landesregierung kritisiert habe, Gelder von der Entwicklungshilfe- und Eine-Welt-Politik in den Bereich Bildung und Öffentlichkeitsmaßnahmen zu verlagern. Dieser Trend scheine sich bei diesem Haushalt zu verstärken. Er fragt, ob man davon ausgehen könne, daß die beiden Positionen, die mit der EU-Ratspräsidentschaft in Zusammenhang stünden, im nächsten Jahr wieder geringere Ansätze auswiesen.

StS Frohn erwidert, daß in den letzten zwei Jahren bei den Haushaltsplanberatungen über das Verhältnis von Inlands- und Auslandsmaßnahmen gesprochen worden sei, über das es einen Auffassungsunterschied zwischen der CDU und der Mehrheit des Parlaments gebe.

Nach Beendigung der EU-Ratspräsidentschaft bestehe keine Notwendigkeit mehr, die genannten Titel aufzustocken.

Werner Jostmeier (CDU) bittet um Auskunft - Nordrhein-Westfalen sei durch die EU-Ratspräsidentschaft ja nur peripher tangiert -, ob auch die übrigen Bundesländer vergleichbare Titel aufgestockt hätten. Da der Bund ebenfalls Gelder bereitstelle, kämen erhebliche Summen zusammen.

StS Frohn weist darauf hin, die EU-Ratspräsidentschaft Nordrhein-Westfalen eine besondere Rolle zuweise, da die Abschlußkonferenz sowie der Gipfel der G 7/G 8-Staaten in Köln stattfinde. Nordrhein-Westfalen tue gut daran, sich als europäische Region darzustellen. Der Aufwand bleibe deutlich hinter dem der EU-Gipfel in Essen oder München zurück.

Allein die technische Vorbereitung der Zeche Zollverein für die Durchführung der Forschungsrahmenkonferenz sei ein Zuschuß des Landes von 500 000 DM erforderlich. Wenn dieses Geld nicht aufgebracht werde, finde die Veranstaltung nicht in Deutschland statt, weil andere Staaten der Europäischen Union bereit seien, mehr aufzuwenden. Deshalb spiegele der Titelansatz von insgesamt 2,75 Millionen DM preußische Bescheidenheit wider.

Er läßt die Übersichten "Projekte 1997" und "Projekte 1998" verteilen, damit sie zu den Haushaltsplanberatungen vorlägen, da Ilka Keller in der letzten Sitzung den Wunsch geäußert habe, über den Projektstand unterrichtet zu werden. Sie habe insbesondere wissen wollen, ob es durch die Veränderungen der Ansätze zu Projektabbrüchen oder -verschiebungen gekommen sei.

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr

Vorsitzender Prof. Dr. Horst Posdorf teilt mit, daß die CDU-Fraktion zusätzlich zum Einzelplan 02 um Beratung des Einzelplans 08 unter besonderer Berücksichtigung der Kapitel 08 020, 08 030 und 08 031 gebeten habe.

Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes

Ilka Keller (CDU) fragt, ob die Mittel für die Euregio-Programme der **Titel 534 10 bis 534 40** für die Zukunft ausreichen oder ob der Wunsch nach Aufstockung geäußert worden sei. - **StS Frohn** entgegnet, daß ihm keine Klagen zu Ohren gekommen seien. Im Rahmen einer finanzpolitisch vertretbaren Haushaltsführung seien die Ansätze so gewählt, daß die interregionale Zusammenarbeit möglich sei.

Gabriele Sikora (SPD) erinnert daran, daß diese Ansätze auch bei den letzten Haushaltsplanberatungen auf Anfrage der CDU-Fraktion diskutiert worden seien. Sie dienten lediglich dazu, die INTERREG-II-Programme grenzüberschreitend vorzubereiten. Die eigentlichen Mittel kämen aus INTERREG II und seien über die Euregios komplementär zu erbringen. Die unterschiedliche Inanspruchnahme dieser INTERREG-II-Mittel liege daran, daß verschiedene Euregios in der Zusammenarbeit - auch in der Umlagefinanzierung - noch ein Defizit hätten. Bei der "Euregio West-Münsterland" habe es sehr frühzeitig eine Verständigung mit den Kommunen gegeben, die sich verpflichtet hätten, an der Umlagefinanzierung mitzuwirken, so daß es kein Problem sei, die INTERREG-II-Mittel in Anspruch zu nehmen. Wenn die Zusammenarbeit der anderen Euregios besser funktionieren würde, könnten sie INTERREG II intensiver nutzen.

Kapitel 08 031 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, NRW/EU-Gemeinschaftsprogramme

StS Frohn erläutert das Zahlenwerk der **Titelgruppe 62 und 63**, weil man sonst meinen könnte, daß die Mittel drastisch zurückgeführt worden seien und die Komplementärfinanzierung europäischer Politik nicht mehr ermöglichen.

Beim NRW/EU-Ziel-2-Programm der Phasen III und IV betreffe die Phase III den Zeitraum 1994 bis 1998, und die Phase IV den Zeitraum von 1997 bis 2002. Die Zeiträume überlappten sich also. Im Haushaltsplanentwurf 1999 würden die Haushaltsansätze der Titelgruppe 62 und 63 von 501 Millionen DM in 1998 auf 268 Millionen DM in 1999 gesenkt, wie die Grafik zeige (Anlage).

Das vermindere die Förderungsintensität im Rahmen des NRW/EU-Ziel-2-Programms aber nicht; denn die Absenkung sei allein durch das Ende des Auszahlungszeitraums der Phase III - 1994 bis 1998 - im Jahre 1998 bedingt, da 1998 das letzte Jahr sei, in dem man Phase III mit eigenen Mitteln bedienen müsse. Während also in den Haushaltsplänen 1997 und 1998 sowohl Mittel für die Phase III als auch die Phase IV hätten veranschlagt werden müssen, sei es für den Haushaltsplanentwurf 1999 nur noch die Ziel-2-Programmphase IV. Deshalb weise der Ansatz von 268 Millionen DM, der sich nur auf Phase IV beziehe, gegenüber dem in 1998 veranschlagten Teilbetrag von 220 Millionen DM für Phase IV sogar eine Steigerung von 48 Millionen DM auf.

Die von der EU signalisierte Verlängerung des Auszahlungszeitraums für die Phase III bis Ende 1999 sei im Haushaltsplanentwurf noch nicht berücksichtigt. Auszahlungen für gegebenenfalls zu verlängernde Projekte sollten im Jahre 1999 aus gebundenen Haushaltsresten gewährleistet werden.

Ilka Keller (CDU) bittet um Erläuterungen, ob es beispielsweise bei den Programmen KONVER - für vom Truppenabbau betroffene Gebiete - oder RECHAR - zur wirtschaftlichen Umstellung von Kohlerevieren - zu Verschiebungen gekommen sei. - **Paul Mohr (CDU)** fragt, ob es für die Ziel-5-b-Gebiete schon verbindliche Antragsfristen gebe. - **Gabriele Sikora (SPD)** meint, daß man ohne die Erläuterungen von StS Frohn zu dem Schluß komme, daß es Verschiebungen zu Lasten von Ziel 2 und RESIDER zugunsten von KONVER, KMU und Ziel-5-b-Gebieten gegeben habe. Sie fragt, ob dies daran liege, daß diese Programme einen längeren Auszahlungszeitraum hätten. **StS Frohn** sagt zu, diese Fragen zu den Titelanträgen des Wirtschaftsministeriums bis zur nächsten Sitzung zu klären.

Ilka Keller (CDU) fragt, ob für das Ziel-2-Programm für das Jahr 2000 eine Kürzung angedacht sei. - **StS Frohn** antwortet, daß man darauf achte, das Ziel-2-Programm angemessen bedienen zu können, weil die Auszahlungsphase bis zum Jahre 2001 laufe. Er sagt zu, dem Ausschuß den Aspekt der Phasenveränderung in einer zusammengefaßten Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zuzuleiten.

2 Verschiedenes

Die Frage von **Ilka Keller (CDU)** nach der Evaluation des Promotorenmodells und ob die Gedanken seines Briefes, der den Ausschußmitgliedern zugegangen sei, aus seiner Sicht schon alles festlegten, verneint **StS Frohn**. Man habe die Evaluation bewußt in den Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen gestellt. Das habe er in seinem Brief geschrieben und dazu auch um die Meinung des Ausschusses gebeten. Da er erst heute aus dem Urlaub zurückgekommen sei, habe er noch nicht gesehen, ob Rückäußerungen vorlägen.

Er mache aus seiner Auffassung keinen Hehl, daß ihm eine Evaluation durch einen internationalen Vertreter am liebsten wäre. Diese Vorgehensweise habe er vorgeschlagen, weil sie Interessenkollisionen am wenigsten wahrscheinlich werden lasse. Er habe eine gewisse Präferenz für eine österreichische Einrichtung, die über hinreichende Erfahrungen verfüge. Es sei noch keine Auftragsvergabe erfolgt; das solle jedoch bald geschehen, damit die Erkenntnisse in den Haushalt 2000 einfließen könnten. Denn es handele sich, gemessen am kleinen Gesamtansatz, doch um eine beachtliche Bindung für diesen Bereich.

Haushaltsansätze NRW-EU-Programme ZIEL-2 Phasen III / IV 1994 - 1999

